

Die Rechnungshofpräsidenten fordern uns auf, uns Gedanken zu machen, wie bereits bei der Aufstellung der Haushalte 2011 und 2012 zu einer dauerhaften Entlastung der Haushalte beigetragen werden kann. Was heißt das? – Dauerhaft beitragen heißt, die Kreditfinanzierung herunterzufahren, weil sie auf Dauer die Zukunft belastet. Das ist Klippschule. Es sollte allerdings auch Klippschule sein, dass man die Zukunft nicht heute schon verspielt, weil man bei Bildung, Förderung und Betreuung alles austrocknet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Hier ist heute schon einmal die eine oder andere Zeitungsüberschrift genannt worden. Gestern hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ getitelt „Regierung spart bei Kindern.“ – Nicht die Landesregierung, sondern die Bundesregierung ist gemeint. Der Text war dann:

Zehntausende Familien mit geringem Arbeitseinkommen müssen infolge der geplanten Hartz-IV-Reform mit Einbußen für ihre Kinder rechnen.

So stelle ich mir die dauerhafte Entlastung der öffentlichen Haushalte nicht vor, denn da legen wir den Grundstein dafür, dass wir anschließend wieder ordentlich draufzahlen müssen.

Ich will nur sagen: Wir werden uns in dem Rahmen, der uns jetzt gesetzt ist, bewegen. Der Bund muss 2011 anfangen, die Länder haben jetzt Zeit bis 2020, diese Schuldenbremse zu erreichen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Nein, dann müssen sie fertig sein!)

– Ja, die Schuldenbremse zu erreichen. Das bedeutet, dass wir uns über den Weg dahin und über die gesetzlichen Vorgaben Gedanken machen und noch genug Gelegenheiten haben werden, darüber zu reden.

Aber ich bleibe dabei: Wir müssen einen Weg finden, die Aufgaben, die wir haben, im Wege eines sparsamen Umgangs mit unseren Mitteln zu erfüllen. Wenn wir die Aufgaben sparsam erfüllen, müssen wir sowohl das Wort „Sparsamkeit“, als auch das Wort „Aufgabenerfüllung“ beachten.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

Sie haben in einer ganzen Reihe von nachweisbaren Fällen in den vergangenen Jahren die Aufgaben vernachlässigt oder sie anderen zugeschoben und gesagt: Schaut, wie ihr damit klarkommt. – So kann Konsolidierung nicht funktionieren. Denn die Schuldenbremse betrifft die Verschuldung der öffentlichen Haushalte insgesamt, von Bund und Ländern. Sie kann nicht funktionieren, wenn am Schluss die Städte und Gemeinden zu tragen haben, was Sie sich von der Backe geschminkt haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Gleich kommt noch ein Antrag, der auch von Realitätsverweigerung handelt. Denn jemand, der eine erfolgreiche Konsolidierung fortsetzen will, muss mir erklären, was er vorher gemacht hat. Dabei können wir vielleicht noch einmal darüber reden, wie Ihnen denn der Stellenabbau gelungen ist und was Sie gemacht haben. Das hat Kollege Mostofizadeh schon angesprochen.

Wer vor dem, was er hinterlassen hat, eigentlich hätte laufen gehen müssen, wenn ihn die Wähler nicht abgewählt hätten, sollte mit Anträgen dieser Art ein bisschen vorsichtiger umgehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Walter-Borjans. – Weitere Rednerinnen und Redner stehen nicht auf der Liste.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/208** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

3 Erfolgreichen Kurs fortsetzen – Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/209

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen ist chronisch krank. Er leidet an extremer Atemnot als Folge einer Herzinfektion, die er sich in den 70- und 80er-Jahren zugezogen hat, weil der damalige Sonnenkönig Johannes Rau

(Widerspruch von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

jedes Gefühl für die Belastbarkeit der öffentlichen Finanzen vermissen ließ. In dem kurzen Zeitraum von 1966 bis 1981 wurde die Zahl der Vollzeitstellen im Landesdienst von 208.000 auf 352.000 aufgebläht. Es gab eine Verdopplung der Stellenzahl in der Wissenschaft, 43 % mehr Stellen für die Justiz, 31 % mehr für Schulen, 28 % mehr für den Innenminister

(Stefan Zimkeit [SPD]: Für die Polizei!)

und 21 % mehr Stellen für den Finanzminister.

Schon damals huldigte die SPD der gleichen Wahnvorstellung, an der sie immer noch leidet: Die Ausgaben von heute könnten die Steuerkraft von morgen sein. – Sie sind nicht die Steuerkraft von Morgen, sondern die Steuern, die die Bürger zahlen müssen. Meine Damen und Herren, das ist eine Theorie des vorsorgenden Sozialstaats, mit der schon Johannes Rau gescheitert ist und die Frau Ministerpräsidentin Kraft jetzt reanimieren möchte.

Selbstverständlich gibt es nichts Schöneres für einen Politiker, als allen alles zu versprechen und sein kreditgespeistes Füllhorn über dem ganzen Land auszuschütten. Die Versuchung, sich auf diese Art und Weise in der Bevölkerung lieb Kind zu machen, ist riesengroß. Das täten wir auch gern. Aber das Motto der jetzigen Ministerpräsidentin heißt ganz offenbar: nette Tante statt klarer Kante. – Damit wird sie nicht weit kommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn leider führt hemmungslose Neuverschuldung weder auf mittlere noch auf längere Sicht – auch nicht bis zum Jahr 2100 – zu mehr Steuereinnahmen, sondern nur zu weniger Wachstum, weniger Wirtschaftskraft, damit zu weniger Steuereinnahmen und zu rapide schrumpfenden Gestaltungsspielräumen, weil Personalkosten, Versorgungslasten und Zinsausgaben alles andere ersticken.

Meine Damen und Herren, Diether Posser war zehn Jahre lang Finanzminister unter Johannes Rau und hatte das damals schon klar erkannt. Weil alle seine Warnungen in den Wind geschlagen wurden, weil er aufgrund der hemmungslosen Neuverschuldung Nordrhein-Westfalen auf dem Marsch in die Bananenrepublik sah, wie er zum Abschied mitgeteilt hat, und weil er die sozialdemokratische Schuldenorgie weder vor seinem Gewissen noch vor der nächsten Generation verantworten konnte, trat er 1988 mit einem Donnerknall von seinem geliebten Amt zurück. Daran könnten Sie sich vielleicht ein Beispiel nehmen, Herr Finanzminister.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn die Begründung von Diether Posser ist heute noch immer lesenswert. Das sollten Sie einmal tun. Aber Sie sind ganz offenbar nicht von diesem Kaliber. Anstatt sich gegen die Ausgabenwut Ihrer Ministerpräsidentin zu stemmen, machen Sie die Masche „nette Tante statt klarer Kante“ klaglos mit. Sie widersprechen nicht, sondern versuchen lieber, einen erfolgreichen Vorgänger mieszumachen, um den verhängnisvollen Kurs der Ministerpräsidentin zu rechtfertigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Helmut Linssen, Herr Finanzminister, war ein Staatsmann. Das müssen Sie erst noch werden. Sie sollten keine Parabeln von toten Hühnern erfinden,

die die frühere Landesregierung angeblich hinterlassen hat.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an dem klugen Konsolidierungskurs, auf den Ihr Vorgänger das gesamte Kabinett manchmal mit brachialer Gewalt jederzeit verpflichtet hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer Schulden hat, ist nicht frei. Das war seine Richtschnur. Danach haben er und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers jederzeit gehandelt. Auf diesen Kurs sollten auch Sie ohne schuldhaftes Zögern einschwenken.

Dabei brauchen Sie das Rad nicht neu zu erfinden. Ein Blick in den Abschlussbericht der Kommission zur Situation und Perspektive des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen, der sogenannten Hartmann-Kommission, könnte schon weiterhelfen. Zur Lektüre dieses Berichts lade ich Sie ausdrücklich ein, wenn wir schon immer von Einladungen reden.

Dieses hochkarätige Expertengremium kam im Herbst 2005 zu folgendem Befund: Selbst unter keinesfalls pessimistischen Annahmen werde das vorgefundene jährliche Defizit ohne Gegenmaßnahmen bis zum Jahr 2010 auf rund 10 Milliarden € steigen. Das Land Nordrhein-Westfalen sei an die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gekommen, weil die Ausgaben rasant wüchsen, die Einnahmen zurückblieben und die Defizite explodierten. Eine solche Entwicklung sei für unser Gemeinwesen nicht durchzuhalten, weil die Lasten der Vergangenheit jede Zukunftschance blockierten. Es müsse unmittelbar, umfassend und nachhaltig gegengesteuert werden, Herr Finanzminister. Dabei könne die Zielsetzung nur der nachhaltige Ausgleich des Haushalts sein.

Im Einzelnen hat die Kommission Ausgabenkürzungen bei den Sachausgaben, den Abbau von Subventionen und Kostenzuschüssen sowie einen deutlichen Stellenabbau durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation empfohlen.

Die CDU/FDP-Regierung hat diese Hinweise beherzigt und entschlossen konsolidiert. Was immer Sie auch sagen: Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie versuchen, diese Leistung nicht anzuerkennen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir, Herr Finanzminister, laden Sie ein, diesen alternativlosen Kurs der Vernunft gemeinsam mit allen vernunftbegabten Kräften in diesem Haus fortzusetzen.

Ausgehend von einem strukturellen Defizit von 6,7 Milliarden €, haben wir ab 2006 die innere Kostendynamik des Haushalts gebrochen und die Neuverschuldung Jahr für Jahr schrittweise gesenkt. Ende 2008 betrug sie noch 1,1 Milliarden €

Das ist eine Reduzierung um 83 % innerhalb von drei Jahren, die nur möglich war, weil wir 92 % der frei verfügbaren Steuereinnahmen konsequent für die Reduzierung der Neuverschuldung verwendet haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist auch falsch!)

– Nein, das ist völlig richtig. Eines werden Sie nie kapieren: Steuermehreinnahmen beinhalten nicht, dass man über diese frei verfügen kann.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie haben von Steuereinnahmen gesprochen!)

Es kommt nämlich zu Zinssteigerungen, zu Personalkostensteigerungen und zu Sachkostensteigerungen. Diese innere Dynamik muss erst einmal gebrochen werden.

Dass wir den Prozentsatz im kommunalen Finanzausgleich gleich gehalten haben, bedeutet natürlich, dass die Zahlungen an die Kommunen drastisch gestiegen sind. Das wollten Sie. Das wollten wir alle. Aber dann dürfen Sie nicht sagen, dass wir auch diese Mittel zur Haushaltskonsolidierung hätten nutzen können. Das müssen Sie endlich einmal kapieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben trotz dieser dramatischen Absenkung der Neuverschuldung die Kraft gehabt, Rücklagen zu bilden. Allein 2008 waren dies 1,3 Milliarden € für Finanzmarktrisiken. Damit hat das Land 2008 das erste Mal, Herr Finanzminister, seit 1973 weniger ausgegeben als eingenommen; insgesamt waren es rund 200 Millionen €.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Genau dies ist das Verdienst der Regierung von CDU und FDP:

(Christian Möbius [CDU]: Sehr richtig!)

Sie hat konsequent der Versuchung widerstanden, Steuermehreinnahmen für kurzfristige Projekte oder für Wohltaten an jedermann auszugeben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben dem Patienten „Landeshaushalt“ hoch wirksame Medizin gegeben. Sie verabreichen Zuckerwasser.

Die Jahre 2006 bis 2008 haben gezeigt, was mit dem entschlossenen Willen zur Haushaltskonsolidierung möglich ist. 2009 war ein extremes Krisenjahr. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte gegenüber dem Vorjahr real um 5 %. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben – nicht einmal annäherungsweise. Trotz dessen und trotz umfangreicher Konjunkturprogramme lag die Nettoneuverschuldung 2009 lediglich bei 5,6 Milliarden €, und auch 2010 – Herr Finanzminister, das wissen Sie – wird der Haushaltsabschluss ohne Ihre

Sperenzchen bei unter 6 Milliarden € an notwendiger Neuverschuldung und damit unter der Netto-neuverschuldung von Rot-Grün in den Jahren 2003, 2004 und 2005 liegen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

Christian Weisbrich (CDU): Nein, danke. Ich möchte das gerne im Zusammenhang vortragen. Anschließend dürfen Sie gerne fragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Okay.

Christian Weisbrich (CDU): Ohne die Konsolidierungspolitik der CDU/FDP-Regierung in den Jahren 2006 bis 2008 würde die Nettoneuverschuldung – wie von der Hartmann-Kommission festgestellt – bereits jetzt im zweistelligen Milliardenbereich liegen.

Solche Auswüchse wären bei Fortführung der bis 2005 gepflegten Finanzpolitik unvermeidbar gewesen. Dies verhindert zu haben, ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können und der zeigt: Haushaltskonsolidierung ist kein Hexenwerk. Sie ist machbar, und sie ist alternativlos.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ich hätte Sie gerne nach der Verwendung der Demografieeffekte gefragt, Herr Weisbrich!)

– Frau Beer, lassen Sie mich erst einmal reden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist keine Rede, sondern Schönfärberei!)

– Reden Sie nicht dazwischen. Ich nehme Sie gerne dran. Wenn ich fertig bin, beantworte ich Ihre Fragen gerne. Aber bitte versuchen Sie nicht, mich aus dem Rhythmus zu bringen. Das ist doch Ihr Ziel, aber damit haben Sie keinen Erfolg.

(Gunhild Böth [LINKE]: Er kann nicht einmal einen Zwischenruf vertragen!)

Wesentliche Voraussetzungen für die geschilderten Konsolidierungserfolge waren die Grundsätze, die die alte Landesregierung bei der Haushaltsaufstellung zugrunde gelegt hat. Seit 2006 wurden nämlich Ausgabepositionen realistisch und Steuereinnahmen extrem vorsichtig geschätzt. Bis auf das Krisenjahr 2009, in dem es finanzpolitisch buchstäblich Backsteine regnete und umfangreiche Konjunkturprogramme eine Anhebung der Neuverschuldung im Nachtragshaushalt erforderlich machten, lag die Nettoneuverschuldung im Haushaltsvollzug immer deutlich – und zwar ganz deutlich – unter der geplanten Neuverschuldung, obwohl im Regelfall zum Jahresende zusätzliche Rücklagen gebildet wurden.

Herr Finanzminister, wer gegenüber einer solchen Konzeption auf das „Prinzip Hoffnung“ setzt und

nicht wie ein vorsichtiger Kaufmann handelt, der wird am Jahresende negativ überrascht; so ist es in den Jahren 2001 bis 2005 ausnahmslos immer gewesen.

Wenn das Land seine künftigen Handlungsmöglichkeiten wahren will, muss eine Landesregierung jetzt, also nach der Krise,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nach der Krise! Aha!)

unverzüglich auf den Pfad der strikten Haushaltskonsolidierung zurückkehren. Um den Haushalt bis 2020 ohne neue Schulden auszugleichen, muss die Schuldenbremse greifen. Wir müssen die Schulden gebremst haben. Der Bremsvorgang muss also abgeschlossen sein. Um den Haushalt bis dahin in den Griff zu bekommen, dürfen die Ausgaben ab sofort höchstens um 1 % pro Jahr wachsen. Das ist ambitioniert, weil eine 1%ige Steigerungsrate gerade einmal die steigenden Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich und die steigenden Versorgungsausgaben abdeckt.

Mehrausgaben in politischen Schwerpunktbereichen müssen deshalb durch Minderausgaben an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Das heißt ganz klar: Nicht alles Wünschenswerte und nicht alles, was man den Menschen verspricht, ist tatsächlich finanzierbar.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Mit einer Regierung, die die richtigen Entscheidungen trifft, kann die Haushaltskonsolidierung gelingen. Wer dagegen Luftschlöser baut und die Schuldenbremse als Selbstverstümmelung betrachtet, der wird scheitern.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich lade Sie deshalb ein: Nehmen Sie unseren Antrag ernst! Betreiben Sie eine Wirtschaftspolitik, die das Wachstum stärkt! Vernichten Sie nicht die Industriestrukturen in Nordrhein-Westfalen! Begrenzen Sie den Ausgabenanstieg jetzt, nicht in 80 Jahren, wenn Zukunftsrenditen eingefahren werden sollen! Zur Haushaltskonsolidierung muss der Ausgabenanstieg ab sofort unter dem Einnahmewachstum liegen. Konzentrieren Sie sich auf die wesentlichen Politikfelder! Ausgaben für Bildung und Innovationen müssen durch Entlastung an anderer Stelle dauerhaft gesichert sein.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Gleiches gilt für die Übernahme neuer Aufgaben. Sie können keine neue Aufgabe übernehmen, wenn Sie nicht an anderer Stelle sparen. Nutzen Sie die demografische Rendite zur Haushaltskonsolidierung. Und vor allem: Treiben Sie strukturelle Reformen voran! Wer den Rotstift weglegt, meine Damen und Herren, und den Personalbestand aufbläht, wie Sie das immer gemacht haben, versündigt sich an unseren Kindern und Enkeln. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Frechheit!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Was hier passiert, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, was hier heute den ganzen Tag passiert, ist der Versuch der Legendenbildung. Aber zu wirklichen Legenden gibt es einen entscheidenden Unterschied: Wirkliche Legenden haben einen wahren Kern. Dieser wahre Kern fehlt bei Ihrer Legendenbildung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sehr geehrter Herr Weisbrich, Sie versuchen hier, an der Legende der schwarz-gelben Haushaltskonsolidierer zu stricken. In Wahrheit sind Sie aber die schwarz-gelben Rekordschuldenmacher.

(Beifall von der SPD)

Eigentlich, meine Damen und Herren, hätten Sie doch nach der Diskussion um den Nachtragshaushalt und den dort vorgelegten Zahlen Ihren Antrag zurückziehen müssen. Denn dort ist deutlich geworden, dass Sie für die Rekordverschuldung in Nordrhein-Westfalen verantwortlich sind.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Sie fordern von der neuen Landesregierung einen Konsolidierungskurs ein, den Sie nie selbst gesteuert haben und den Sie auch zukünftig nicht steuern wollten. Aber zum Glück haben die Wählerinnen und Wähler Ihnen am 9. Mai die Kontovollmacht entzogen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann ja nachvollziehen, Herr Weisbrich, dass Sie den Zahlen der neuen Landesregierung mit – sagen wir einmal – einer gewissen Skepsis gegenüber treten, insbesondere weil die Zahlen deutlich machen, dass Sie an einer Legende stricken. Aber wenn Sie schon den richtigen Zahlen unseres neuen Finanzministers nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens den Zahlen Ihres eigenen Finanzministers. Die abgewählte Landesregierung hat eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die bei den bereinigten Ausgaben 53 Milliarden € für 2011, 55 Milliarden € für 2012 und 57 Milliarden € für 2013 vorsieht. 53, 55, 57 – wo ist denn da der Konsolidierungskurs, Herr Weisbrich?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wie wir alle wissen, sind diese Zahlen geschönt. Aber selbst wenn sie stimmen würden, ist dies von einem Haushaltskonsolidierungskurs so weit entfernt wie der Nordpol vom Südpol.

Besonders interessant ist es, bei Ihrer Finanzplanung zu betrachten, dass Sie in fast allen Bereichen Steigerungen vorsehen: bei den Personalkosten, bei den Zinsen. Nur in einem einzigen Bereich wollten Sie weniger Geld ausgeben: bei den Kommunen. Sie wollten weiter an der Legende der Haushaltskonsolidierung stricken, indem Sie sich in den kommunalen Kassen bedienen.

(Norbert Post [CDU]: Falsch!)

– Nicht „falsch“; die Zahlen können Sie nachlesen. – Jetzt wollte ich Herrn Laumann ansprechen. Er hat am Mittwoch behauptet, ...

(Zurufe von der CDU)

– Das sind die Zahlen Ihres Finanzministers. Glauben Sie dem doch wenigstens!

Herr Laumann hat am Mittwoch behauptet, die neue Landesregierung hätte den Rotstift abgeschafft. Das können wir noch diskutieren. Aber sind Sie wirklich so stolz auf das, was Sie mit dem Rotstift angerichtet haben? Sind Sie stolz darauf, dass Sie die Kommunen weiter in die Verschuldung getrieben haben? Sind Sie stolz darauf, dass die Frauenhäuser ihre Arbeit nicht mehr richtig leisten können? Sind Sie stolz darauf, dass im ganzen Land Arbeitslosenzentren schließen mussten? Das ist die Folge Ihrer Rotstiftpolitik. Wir werden diese Folgen rückgängig machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Manfred Palmén [CDU]: Unsinn!)

Doch lassen Sie uns in die Zukunft blicken. Sie haben ja in einem Punkt Recht: In unserer Debatte geht es um Generationengerechtigkeit. Es geht darum, wie wir Politik im Interesse auch der zukünftigen Generationen machen. Da bin ich der festen Überzeugung: Sie sind auf dem falschen Weg; Sie schlagen den falschen Kurs ein. Ihr Weg führt vielleicht – ich betone: vielleicht – dazu, kurzfristig weniger Schulden zu machen. Aber lässt er zukünftige Generationen nicht mit weniger Bildung dastehen und mit weniger Zukunftschancen aufwachsen?

(Widerspruch von der CDU)

Das ist kein Beitrag zur Generationengerechtigkeit und führt mittelfristig zu mehr Schulden.

Lassen Sie mich hier eine Anmerkung anschließen. Sie haben ja – und das ist ein gutes Beispiel – über Johannes Rau gesprochen. Es ist schön, dass Sie immer noch versuchen, ihn zu vereinnahmen; das zeigt ja, dass Ihr eigener Ministerpräsident wahrscheinlich längst nicht das gleiche Niveau hatte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber wo würde Nordrhein-Westfalen denn ohne diese Ausgaben in Bildungsreformen und in den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen heute stehen? Deswegen macht das deutlich: Sie gehen den falschen Weg.

Das wird noch einmal unterstrichen durch ihren einzigen klaren Vorschlag, den Sie zur Finanzeinsparung machen. Sie schlagen vor, die demografische Rendite in der Haushaltskonsolidierung zu belassen. Wir wollen stattdessen den Demografiegewinn im Bildungsbereich belassen, um die Zukunftschancen unserer Kinder zu verbessern. Das ist ein konkreter Beitrag zur Generationengerechtigkeit. In dem Punkt waren wir uns bisher eigentlich einig, aber Sie weichen jetzt davon ab.

Für die weitere Diskussion dieses Antrags, die wir ja im Ausschuss führen werden, habe ich drei Bitten insbesondere an die CDU-Fraktion.

Wir sollten erstens gemeinsam nicht nur die Ausgabe Seite betrachten. Zur strukturellen Verbesserung der Landesfinanzen gehört auch eine Verbesserung der Einnahmeseite. Diese können wir hier nur sehr gering beeinflussen.

Machen Sie doch Ihren Einfluss in Berlin geltend! Sorgen Sie dafür, dass es keine weiteren Steuergesetze gibt, die Länder und Kommunen in den Ruin treiben!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Greifen Sie den Vorschlag des CDU-Ministerpräsidenten Müller auf, der vorgeschlagen hat, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, um die finanziellen Spielräume der Länder zu verbessern! Bei einer solchen Initiative haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweitens. Betreiben Sie keine Politik, die auf der einen Seite mehr Ausgaben fordert und sich dann auf der anderen Seite beschwert, dass dies Geld kostet. Bei der Debatte am Mittwoch um das GFG war es bereits so. Von Ihnen wurde beklagt, dass viel zu wenig Hilfe für die Kommunen ankommt und gleichzeitig die Neuverschuldung kritisiert. Das, meine Damen und Herren, passt nicht zusammen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Drittens. Machen Sie konkrete Einsparungsvorschläge. Wenn Sie die vorlegen würden, würde sich die Diskussion Ihres Antrags im Ausschuss lohnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Haushaltspolitik folgt klaren Grundsätzen:

Erstens. Wir stehen für Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit statt für Legendenbildung.

Zweitens. Wir betreiben keine Haushaltspolitik auf Kosten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Drittens. Unser Ziel ist es, die Neuverschuldung ab 2011 schrittweise zu senken, ohne dabei Strukturen in Bildung, Frauenhäusern und Arbeitslosenzentren zu zerschlagen.

Viertens. Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder, um so zukünftige Ausgaben zu verhindern, aber vor allem die Zukunftschancen künftiger Generationen zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie dabei mit und betreiben keine verzweifelte Legendenbildung!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. Das war die erste Rede des Kollegen. Herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion der Grünen spricht – nicht zum ersten Mal – Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Es tut mir leid, aber heute sind immer wieder Finanzthemen auf der Tagesordnung.

Meine Bitte in Richtung CDU und FDP: Wenn wir zum sechsten Mal in einer Plenarrunde über das gleiche Thema reden, lassen Sie uns darüber nachdenken, es ein bisschen zu stauchen und ein bisschen Spaß für die nächste Plenardebatte übrig zu lassen.

(Zurufe von der CDU)

– Sie sind aber schnell nervös zu machen. Das ist doch erstaunlich. Bei solch einer lapidaren Nebenbemerkung ist Herr Palmen schon auf der Palme; das ist super.

Weil es gestern Abend so schön war: Ihre Partei wollte dem Wohnungsbauvermögen gestern Abend schweren Schaden zufügen. Sie haben gesagt: Wir packten 200 Millionen € auf eine Summe von 800 Millionen € drauf, wir konsolidierten nicht, sondern läsen aus Parteiprogrammen vor. Dann haben Sie hier im Parlament Einigkeit mit der FDP demonstriert, die im absoluten Gegensatz zu dem stand, was sie ordnungspolitisch jemals vorgetragen hat.

Den Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei unterstelle ich ein wenig, dass der Zusammenhang nicht ganz verstanden wurde.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist durchaus richtig, eine Summe X zu fordern, man muss auch zur Kenntnis nehmen, welche Befrachtungen vorher passiert sind. Ich vermute, das war der Grund, warum das nicht ganz übergekommen ist.

Im Verbund mit der Linkspartei macht die CDU dann die sportliche Übung, den Landeshaushalt – zumindest in Teilbereichen: das Wohnungsbauvermögen – vor die Wand zu fahren, und spricht heute

von Konsolidierung. Mit Ihrer Politik machen Sie sich doch lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum Stichwort „Nachhaltigkeit“ – die Zahlenspiele machen wir gleich noch an anderer Stelle –: Was ist nachhaltig daran, wenn ein Bundeshaushalt 100 Milliarden € Schulden hat und dann der große Parteivorsitzende der FDP, Guido Westerwelle die Steuern zulasten der Zukunft senken möchte? Das ist doch nicht nachhaltig, das ist Klientelpolitik, dreist und haushaltspolitisches Nirwana, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Aktive Wirtschaftsförderung ist das!)

– Natürlich. Herr Witzel, ...

(Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Herr Weisbrich, wirtschaftspolitische Kompetenz erreicht man nicht dadurch, dass man sich einen Anzug anzieht, eine Krawatte umbindet und von Wirtschaftswachstum redet.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Hey! – Bodo Löttgen [CDU]: Geht's noch tiefer?)

– Das können wir ja mal ausprobieren, Herr Löttgen. Wenn Sie von Nachhaltigkeit reden: Es ist doch nicht nachhaltig, wenn ein Vater seinen Kindern das Taschengeld kürzt und sagt, davon müssten sie jetzt eine Garage bauen. Das ist dreist und plump. Das haben Sie in der letzten Legislaturperiode betrieben.

Sie haben – ich will es noch einmal sagen – zulasten der Kommunen 1 bis 1,5 Milliarden € strukturell eingespart. Das führte unmittelbar und nachweislich dazu, dass elementare Leistungen in den Kommunen nicht mehr stattgefunden haben: Schwimmbäder und Bildungseinrichtungen wurden geschlossen. Sie haben sich persönlich durch Ihre Politik, Ihre Kurzsichtigkeit und Ihr dreistes Verschieben von Aufgaben vom Land auf die kommunale Ebene an der Zukunft unserer Kinder – meiner Kinder genauso – schuldig gemacht. Das war die Politik von CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen noch etwas: Sie machen jetzt konsequent weiter. Wenn der Bundeskoalitionsvertrag – ich kann es nicht oft genug sagen – durchgezogen würde, würde Nordrhein-Westfalen noch einmal jährlich 1,7 Milliarden € im Landeshaushalt und die Kommunen noch einmal 500 bis 700 Millionen € verlieren. Das wäre auf die Konsolidierungsrate draufzupacken. CDU und FDP sind keine Konsolidierer, sondern dreiste Klientelpolitiker.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Ralf Witzel [FDP]: Unverschämt!)

Um es klar zu sagen: Wir haben das Thema Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik erfunden, an der Stelle brauchen wir von Ihnen keine Nachhilfe. Zur Nachhaltigkeit gehört aber auch ...

(Ralf Witzel [FDP]: Davon sind Sie aber weit entfernt!)

– Vielleicht treten wir irgendwann mal gemeinsam in Essen auf, dann können wir uns vernünftig auseinandersetzen. Da erscheinen Sie überhaupt nicht, vor Ort kennt Sie niemand.

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

Zum Thema Nachhaltigkeit gehört aber auch, dass man diejenigen, die leistungsfähig sind, die über hohe Einkommen und Vermögen verfügen, an der Gemeinschaftskasse beteiligt. Man muss Einnahmen generieren, um Ausgaben tätigen zu können. Sie können nicht – das ist eben richtig von dem Kollegen gesagt worden – Ausgaben ins Gesetz schreiben und das Geld dann nicht zur Verfügung stellen. Sie können nicht auf der einen Seite auf Leistungen für die Kosten der Unterkunft, für die Eingliederungshilfe und viele andere Dinge im SGB II hinweisen, aber auf der anderen Seite sagen, dass es dafür kein Geld gibt, dass die Kommunen das bereitstellen müssen. Ich sage Ihnen, was das konsequent zu Ende gedacht bedeutet: Das heißt nämlich, dass, wenn Sie nachhaltig wären und die Schuldenbremse ernst nehmen würden, diese Leistungen gesenkt werden müssten. In Wirklichkeit wollen Sie aber mit der Schuldenbremse erreichen, dass wieder Einsparungen auf Kosten der sozial Schwachen und finanziell Leistungsschwachen erfolgen. Das wollen Sie politisch durchsetzen. Darum geht es in Ihnen diesem Parlament.

(Norbert Post [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Weil es so wunderschön ist, möchte ich noch etwas zur Konsolidierungsfähigkeit Ihrer Landesregierung sagen: Rot-Grün hat von 2000 bis 2005 im Landeshaushalt strukturell 1 Milliarde € eingespart. Das war aus meiner Sicht durchaus in Teilen ein Fehler, weil das zulasten der Stellen unter anderem im Bildungsbereich gegangen ist und andere Bereiche dadurch nicht genug ausgebaut worden sind. Trotzdem haben sich die damaligen Fraktionsvorsitzenden Wolf und Rüttgers im Jahre 2003 an die Spitze jeder Demonstration gestellt und gesagt: Wir müssen mehr Geld in den Personalhaushalt einstellen.

(Minister Guntram Schneider: Richtig!)

Wir stellen uns an die Spitze derjenigen, die für mehr Geld im Kinder- und Jugendförderplan gewesen sind. Und wir sind dafür, dass das Weihnachtsgeld wiederkommt und dass das Urlaubsgeld ausgezahlt und nicht gesenkt wird. – Und was haben

Sie gemacht? Sie haben 1 Milliarde € bei den Gehältern im öffentlichen Dienst, also strukturell im Landeshaushalt eingespart, und zwar nicht dadurch, dass Sie die Anzahl der Stellen reduziert haben, sondern dadurch, dass Sie das aus der Tasche der Leute herausgenommen haben. Sie sind in diesem Zusammenhang verlogen bis zum Ende.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie machen keine Konsolidierung. Sie können es auch gar nicht. Sie können noch nicht einmal ansatzweise darstellen, wie das im Landeshaushalt gehen soll. Sagen Sie mir doch mal, wie man 9 Milliarden, 10 Milliarden € in diesem Landeshaushalt einsparen kann. Ich kann Ihnen ein Dokument vom damaligen Finanzminister Linssen vorlegen – das werde ich im Ausschuss noch tun –, wo er dezidiert, haarklein nachrechnet, wo die Konsolidierungspotentiale liegen. Die sind minimal. Wir können vielleicht 150 Millionen € im Bereich der kulturellen Zuwendungen einsparen. Wir können Stellen zulasten der Aufgabenerfüllung – das hat der Finanzminister richtig gesagt – einsparen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie wollen erst gar keine Einsparung!)

Herr Witzel, Sie sind nicht ansatzweise in der Lage, das mit einer nachhaltigen Politik zu verbinden. Es ist nicht nachhaltig, Aufgaben nicht zu erfüllen und sich vor der Verantwortung zu drücken.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie sind verantwortungslos. Sie machen Politik zulasten der zukünftigen Generationen. Sie haben kein Konzept, wie ein Haushalt nachhaltig ausgeglichen werden kann. Auch wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt. Dazu gehört aber, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen bzw. umgekehrt. Sie drücken sich davor. Sie machen hier Popanz. Sie sind weit weg von haushaltspolitischer Solidität.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie sind im finanzpolitischen Nirwana angelangt.

Herr Kollege Weisbrich, ich wünsche uns eine schöne Debatte im Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus aktuellem Anlass möchte ich an einige Ausführungen meines Vorredners anknüpfen. Herr Kollege Mostofizadeh, Sie gehen sehr oft auf die Bundespolitik ein. Diesbezüglich

will ich einen Punkt, weil Sie ihn angesprochen haben, aufgreifen. Hier haben wir wahrscheinlich in der Tat einen Dissens.

Es ist meine feste Überzeugung, dass wir eine systematische Vereinfachung des Steuerrechts und eine systematische Entlastung insbesondere der mittleren Einkommen in unserem Land benötigen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann machen Sie es doch! Sie sind doch in der Bundesregierung, oder nicht? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Machen!)

Die derzeitigen Strukturen sind absolut leistungsfeindlich, sind nicht mehr leistungsgerecht und sind auch wachstumsfeindlich. Wir alle wissen doch: Leistung muss sich lohnen, weil ansonsten die Menschen nicht mehr das erwirtschaften werden, was der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht.

Wir alle wissen – Sie haben gerade darauf hingewiesen –, dass wir bei der strukturellen Konsolidierung auch des Landeshaushaltes zwingend darauf angewiesen sind, dass von den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmern, den Beschäftigten in unserem Land Wachstum erwirtschaftet wird. Ohne ein solches Wachstum hätten wir überhaupt keine Perspektive, die Schulden, die im Laufe der letzten 40 Jahre angehäuft worden sind, jemals abzuzahlen. Deswegen müssen wir uns in der Tat darüber Gedanken machen.

Dies haben wir in den letzten fünf Jahren auch getan. Wir haben nicht die Welt von heute auf morgen aus den Angeln heben können – dafür ist in der Tat das Päckchen zu groß –, aber wir haben durch Bürokratieabbau, durch Investitionen in Bildung und Innovationen wichtige Schwerpunkte gesetzt, von denen Wachstumsimpulse ausgehen können.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Beispiele!)

Herr Mostofizadeh und Herr Kollege Zimkeit, dem ich zu seiner ersten Rede an dieser Stelle herzlich gratuliere, Sie beziehen sich regelmäßig auf den Zeitraum 2000 bis 2005. Dort sind in der Tat die Steuereinnahmen geringer ausgefallen, als prognostiziert wurde. Ich konstatiere auch, dass Sie Ausgaben reduziert haben. Aber Sie blenden an dieser Stelle den Zeitraum davor komplett aus. Auch im Zeitraum von 1995 bis 2000, als die Grünen gemeinsam mit der SPD Verantwortung getragen haben, sind die Steuereinnahmen regelmäßig höher ausgefallen als erwartet. Trotzdem haben Sie regelmäßig neue Schulden in beträchtlichem Ausmaß gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können lange darüber diskutieren; aber in den letzten 40 Jahren sind massive Fehler gemacht worden, weil man unsere Verfassung offensichtlich so ausgelegt hat, als ob man Schulden machen müsse. Es war keine

Ausnahmeregelung: dass man das nur im äußersten Notfall macht. Dieses Verständnis hat offensichtlich nicht vorgeherrscht. Deswegen müssen wir das meiner Ansicht nach zwingend ändern.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das hat etwas mit Generationengerechtigkeit, mit Nachhaltigkeit und mit Haushaltskonsolidierung zu tun. Deshalb ist es zwingend.

Abraham Lincoln hat mal gesagt: „You cannot keep out of trouble by spending more than you earn.“ – Auf gut Deutsch: Du kannst nicht aus Schwierigkeiten rausbleiben, wenn du mehr aus gibst, als du einnimmst. – Jedem Menschen ist das völlig klar. Nur Sie – das wurde auch gerade in den Redebeiträgen sehr deutlich – haben das offensichtlich leider nicht verinnerlicht.

Wenn die Ministerpräsidentin hier erklärt, im Jahr 2100 würden sich diese Maßnahmen rechnen, dann sage ich ausdrücklich: Die Investitionen in Bildung müssen sich früher rechnen; denn wir haben nicht so viel Zeit. Wenn wir diese 40 Jahre Entwicklung hochrechnen, stellen wir fest, dass wir zu dem Zeitpunkt 2100 noch nicht einmal mehr Mittel und Möglichkeiten im Landeshaushalt haben, um papp zu sagen. Das geht dann nämlich nicht mehr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie mögen ja anführen, dass das, was CDU und FDP hier in den letzten fünf Jahren an strukturellen Veränderungen und auch an Aufgabenreduzierungen vorgenommen haben, noch nicht weitreichend genug gewesen ist. Ich bitte Sie aber herzlich, anzuerkennen, dass wir von den konjunkturbedingt guten Steuereinnahmen, die wir zugegebenermaßen hatten, den allergrößten Teil – Kollege Weisbrich hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – in die Reduzierung der Nettokreditaufnahme gesteckt haben und damit auch einen ganz wichtigen Schritt zur Schuldenvermeidung und -reduzierung getan haben.

Es kann nicht akzeptabel sein, dass wir 10 % unseres Haushaltes zu den Banken tragen, sodass das Geld nicht mehr für die dringend notwendigen Investitionen in unsere Bildungs- und Innovationsinfrastruktur zur Verfügung steht.

Deswegen bleibe ich dabei: Es ist zwingend erforderlich, den Staat auf seine notwendigen Kernaufgaben zu reduzieren und damit einhergehend letztlich auch Personal und Personalkosten, die immerhin den größten Block in unserem Landeshaushalt ausmachen, verantwortungsvoll und sozial verträglich abzusenken.

Wir haben hier in unserem Land wirklich Klasse Menschen, die diesen Weg der Entbürokratisierung mitgegangen sind und die die Initiativen zur

Förderung des Mittelstandes, der Unternehmensgründungen sowie der Entwicklung und Forschung begleitet haben. Diese Maßnahmen haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet – sie waren natürlich nicht der einzige Faktor –, dass die Zahl der Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen mittlerweile deutlich gesunken ist. Sie war 2005 bei über 1 Million und liegt jetzt unter 760.000. Das sind immer noch zu viele Menschen ohne Beschäftigung. Man muss aber doch einmal anerkennen, dass an dieser Stelle ganz wichtige Arbeit geleistet worden ist.

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir an diesem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten. Gerade ist vom Kollegen Zimkeit wenigstens einmal wieder dieser Begriff in den Mund genommen worden. Wenn wir wirklich unsere Generationenverantwortung wahrnehmen wollen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir in der Tat auch daran arbeiten, wie wir die Verschuldung unseres Landes reduzieren können.

In diesem Zusammenhang werden wir uns darüber streiten müssen, welche Aufgaben das Land Nordrhein-Westfalen zwingend wahrnehmen muss. Bei vielen Punkten werden wir nach wie vor unterschiedliche Auffassungen haben und im Dissens bleiben. Allerdings sollte man nicht komplett alles ausblenden und negieren, was in den letzten fünf Jahren erreicht wurde und was in den nächsten Jahren weiter erreicht werden muss. Da würde ich mir von den Fraktionen von SPD und Grünen deutlich mehr Impulse wünschen – hin zu einer Haushaltskonsolidierung und zu tatsächlichem Schuldenabbau.

Wir werden im Nachtragshaushaltsverfahren – damit komme ich zu der letzten Bitte des Kollegen – und erst recht im Haushaltsaufstellungsverfahren 2011 hinreichend Gelegenheit haben, uns über unterschiedliche Vorstellungen zur Einsparung zu unterhalten. Mir wäre sehr daran gelegen, dass wir an dieser Stelle einen konstruktiven Diskurs führen; denn dadurch erhalten wir selber und vor allen Dingen die nachfolgenden Generationen wieder Handlungsspielräume. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte, die CDU und FDP heute hier aufmachen, ist wirklich unerträglich. Es ist eine Frechheit, wenn ausgerechnet Herr Weisbrich hier als haushaltspolitischer Schulmeister auftritt. Getoppt wird das nur noch von der FDP, dieser angeblichen Steuersenkungspartei, die

ja grandios gescheitert ist. Wer regiert denn eigentlich in Berlin? Von Regieren kann man da allerdings, ehrlich gesagt, gar nicht sprechen. Aber wer hat denn die politische Verantwortung in Berlin? Sie sind mit Ihrer gesamten Politik, mit Ihrer Steuersenkungspolitik und allen anderen Vorhaben, bisher auf ganzer Linie gescheitert. Das ist doch die Realität.

Es ist wirklich ein Hohn, wenn Sie von erfolgreicher Konsolidierung sprechen. Sie haben in diesem Land Schuldenrekorde aufgestellt, und das Jahr für Jahr. Am 30. Juni 2005 haben Sie die Regierung hier mit 106,8 Milliarden € Schuldenstand übernommen.

(Norbert Post [CDU]: Falsch!)

– Das ist falsch? Okay. Wenn das falsch sein soll – so schlau wie Sie bin ich allemal –, zitiere ich einmal aus dem Plenarprotokoll vom 26. Oktober 2005. Das war übrigens die Einbringung des Nachtragshaushalts durch Finanzminister Linssen. Im Plenarprotokoll 14/10 vom 26. Oktober 2005 steht: „der Schuldenstand zum 30. Juni 2005 mit 106,8 Milliarden €“. Sie können gerne auf Seite 845 nachgucken. Original Herr Linssen! Ich habe mir das extra herausgesucht, weil ich wusste, dass Sie das bestreiten und sich erdreisten, hier vor dem Parlament erneut zu lügen; denn nichts anderes machen Sie hier.

Sie haben den Schuldenstand auf 130 Milliarden € hochgetrieben. Das sind über 23 Milliarden € neue Schulden – und das bei sprudelnden Steuereinnahmen. Dabei beträgt der jährliche Schuldendienst 5 Milliarden €, das sind fast 10 % des Landeshaushalts. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 steht sogar: 150 Milliarden € bei einem jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden € – Das ist Ihre eigene Finanzplanung, die Ihr Ex-Finanzminister Linssen vorgelegt hat. Das ist die Realität.

Sie haben Klientelpolitik bis zum Abwinken betrieben. Jedes Mitglied der Landtagsfraktionen von CDU und FDP vor der Wahl 2005 hat anschließend, wenn er oder sie wollte, einen Job in der Landesverwaltung erhalten. Das ist die Realität. Sie haben dort zig neue Stellen, und zwar höchstdotierte Stellen, geschaffen.

(Widerspruch von Angela Freimuth [FDP] und Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben hier den Landesjugendplan gekürzt. Dagegen haben Sie die Landwirtschaftskammern mit über 10 Millionen € gefördert. Außerdem haben Sie die Flughäfen bzw. den Flughafenausbau subventioniert.

(Armin Laschet [CDU]: Sehr gut!)

Das ist Ihre Politik, die Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben. Wenn Sie von Haushaltskonsolidierung sprechen, ist das eine Dreistigkeit; das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben auch die WestLB in die Finanzkrise laufen lassen. Die Probleme, die im Augenblick auf dem Tisch liegen, sind Ihr Verschulden, weil Sie 2006 nicht aufgepasst haben. Für die Milliardenverluste, die die WestLB jetzt einfährt, sind Sie mit Ihrer Politik verantwortlich. Und Sie versuchen nun, sich schamlos aus der Verantwortung zu stehlen. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es braucht dringend einen Politikwechsel. Der Regierungswechsel hat schon stattgefunden. Ich hoffe, dass in Kürze tatsächlich auch ein Politikwechsel erfolgt. Leider ist er bei Rot-Grün immer noch nicht zu erkennen. Im Finanzteil der Koalitionsvereinbarung steht nur eine einzige Zahl, nämlich dass im nächsten Jahr 3 Milliarden € weniger Steuern erwartet werden. Das ist etwas dürrtig für den vorgelegten Koalitionsvertrag, weil es in einem Finanzteil normalerweise von Zahlen nur so wimmelt, dass sie einem um die Ohren fliegen. Dass er nur eine einzige Zahl enthält, macht deutlich: Da gibt es noch sehr wenige konkrete Vorstellungen.

Leider wird im Nachtragshaushalt auch all das, was die Einnahmesituation verbessert, vernachlässigt. Das ist der zentrale Punkt: Wir müssen die Einnahmesituation in Nordrhein-Westfalen verbessern. Ich kann nicht nachvollziehen, dass 128 Stellen für die Umweltverwaltung neu geschaffen werden, die viel Geld kosten, und auf der anderen Seite die 200 Steuerprüfer, die der Finanzminister schon angekündigt hat, nicht kommen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist nicht nachzuvollziehen. Er selber spricht ja davon, dass sie im Jahr 400 Millionen € Mehreinnahmen bedeuten würden, wovon immerhin die Hälfte in Nordrhein-Westfalen bleibt. Das sind die eigenen Aussagen des Finanzministers. Da erwarte ich von Rot-Grün, dass hier deutliche Signale gesetzt werden.

Das gilt auch für die Subventionstatbestände. Ich kann nur sagen: Da müssen wir knallhart ran. Wir müssen prüfen, was Schwarz-Gelb in den letzten Jahren an neuen Subventionstatbeständen geschaffen hat.

Einen Punkt muss man an dieser Stelle auch noch erwähnen: Sie machen die Steuerpolitik in Berlin, Sie haben das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das letztlich nur ein Schuldenbeschleunigungsgesetz ist, auf den Weg gebracht, das NRW 800 Millionen € im Jahr 2010 kostet. Das ist die Realität; das ist Ihre Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben mehr Zuwächse beim Wirtschaftswachstum als ganz Europa!)

– Ja, Sie haben den Schlips umhängen, wer Mostofizadeh gerade gesagt hat. Aber Sie haben keine Ahnung von Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das ist die Realität hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich komme zum Ende. Ich kann nur sagen: Glück auf! Aber: „Gute Nacht!“ CDU und FDP.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege **Sagel**, für die Aussage „Sie lügen“ erteile ich einen Ordnungsruf, also eine Rüge.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber es bleibt trotzdem wahr!)

– Nein, das ist hier im Hohen Hause ein zu rügender Ausdruck. Damit ist die **Rüge** erteilt.

Für die Landesregierung hat sich schon Finanzminister Walter-Borjans parat gemacht. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir den kalten Kaffee, zu dem, was wir hier diskutieren, zum 25. Mal aufgießen, wird die Folge sein, dass am Ende nicht nur hier niemand mehr sitzt, sondern dass sich auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Bühne fragen, was die da überhaupt machen. Es hat auch wenig Zweck; denn offenbar werden immer wieder dieselben Positionen vorgeragen.

Frau Freimuth, was Sie sagen, das ist zumindest ein Angebot, sich über bestimmte Dinge mal zu streiten, sich auf bestimmte Dinge zu verständigen. Dazu gehört beispielsweise, dass Sie sagen: Wir haben in diesem Land tolle Menschen; wir haben in diesem Land eine Menge Potenzial, um Wirtschaftswachstum zu erreichen. – Aber dann werden auch ein paar Unterschiede in der Sichtweise deutlich werden, was denn gestärkt werden muss. Die einen sagen: Die Reichen müssen entlastet werden, um die Motivation zu verbessern. – Wir sagen: Zu diesen tollen Menschen, die das Wirtschaftswachstum tragen, gehören auch ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter, dazu gehören die, die letztendlich den Karren ziehen,

(Christof Rasche [FDP]: Genau das sagen wir!)

und nicht nur die, die vorne sitzen, weil sie ein Unternehmen lenken und/oder weil ihnen das Unternehmen gehört. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass es Bildung, dass es Ausbildung gibt, und

zwar nicht nur für einige wenige, sondern für alle. Deswegen müssen wir für Betreuung sorgen. Deswegen müssen wir insgesamt vorsorgen.

All das ist eine gute Grundlage, um einen Streit über die richtige Zukunft dieses Landes zu führen. Aber das wird dann eingebettet in Ausführungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen von der FDP oder der CDU, die einen glauben machen wollen, dass die Stabilität der deutschen Wirtschaft das Ergebnis dieser verheerenden letzten zwölf Monate schwarzelber Koalition in Berlin ist. Darüber lacht jeder. Das kann man wirklich niemandem mehr erzählen.

Wenn ich die Überschrift des Antrags „Erfolgreichen Kurs fortsetzen – Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben“ lese, erinnere ich mich – ich weiß nicht, wer sich daran noch erinnern kann – an die Fragen an Radio Eriwan, die es eine Zeit lang gab,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

und die bauernschlaun Antworten dieses Senders aus dem realen Sozialismus, der den Mangel immer in der schönsten Form beschrieb. Beispielsweise gab es mal die Frage an Radio Eriwan: Stimmt es, dass Herr Iwanow bei einer Lotterie ein Auto gewonnen hat? – Die Antwort war: Im Prinzip ja, es war aber keine Lotterie, sondern die letzte Sitzung des Dorfsowjets, und er war auch kein Auto, sondern ein Fahrrad, und er hat es nicht gewonnen, sondern es ist ihm gestohlen worden.

Genauso geht es mir bei Ihnen. Das kann ich nur humoristisch betrachten. Die Konsolidierung war keine Konsolidierung, sondern Kaschierung. Die Dinge, die in der Wirklichkeit da waren oder nicht da waren, sind nämlich verschwiegen, verschoben, vergessen worden. Das ist das eine.

Was hatten wir in dem Antrag noch an schönen Dingen? Den erfolgreichen Kurs fortsetzen! Der Kurs war nicht erfolgreich, sondern folgenreich. Er hat nämlich die Kommunen belastet. Wir haben 20 Milliarden € Kassenkredite.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wir doch nicht!)

Die Studierenden sind belastet worden. Die Belastung ist auf andere verschoben worden.

Das Schlimme ist: Dabei ist noch nicht einmal eine Konsolidierung erreicht worden. All das, was Sie an Plandaten hinterlassen haben, bedeutet ja keine Reduzierung. Das stimmt gar nicht, dass reduziert worden ist. Sie sagen heute: Wenn wir die Restschulden zusammenkehren und auf das Jahr 2010 setzen, kommt man auf über 30 % Zuwachs. – Genauso unsinnig ist es, wenn ich Ihnen sage: Sie haben zwar 2008 bei sprudelnden Steuerquellen und riesigen Einnahmen eine geringere Nettoneuverschuldung geschafft, aber 2009 haben Sie die Nettoverschuldung um 406 % erhöht. Was ist das denn für eine Aussage? Das hat dieselbe Qualität wie die Aussage, diese 8,9 Milliarden € Abrechnung, Vorsorge für das, was so oder so kommt,

was überhaupt nicht zu beschließen oder wegzubeschließen ist, stellten 30 % Zuwachs dar.

Ich will im „Radio-Eriwan-Beispiel“ bleiben. Da steht: „erfolgreichen Kurs fortsetzen“. Der ist nicht erfolgreich, der ist folgenreich. Da steht „fortsetzen“. Das haben die Wähler anders entschieden. Sie haben nämlich nicht gesagt „fortsetzen“, sie haben gesagt: „Absetzen!“

Das, wovor Sie stehen, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Scherbenhaufen. Wir können uns nicht auf dieser Grundlage gemeinsam verständigen. Sie sprechen in Ihrem Antrag an, dass die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums ganz wichtig ist: Je stärker die Wirtschaft wächst, desto leichter fällt aufgrund steigender Einnahmen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. – Das ist eine Binsenweisheit, allerdings eine wichtige. Wir müssen wirklich etwas dafür tun, dass die Wirtschaft in diesem Land wächst, dass Arbeitsplätze geschaffen und dass Steuern gezahlt werden. Wenn die Wirtschaft wächst und wenn Steuern gezahlt werden, darf nicht der erste Ruf sein, die Steuern zu senken und wegzubeschließen. Denn die Steuern sind die Grundlage dafür, die Aufgaben, die das Land, der Staat hat, zu erfüllen.

Sie wollen die demografische Rendite ganz für die Haushaltskonsolidierung einsetzen. Da frage ich, ob Sie es für falsch halten, einen Teil davon für eine Qualitätsverbesserung der Bildung einzusetzen. Wir müssen uns auf vorrangige Politikfelder konzentrieren – das ist richtig –, aber wir müssen darüber streiten, welches die vorrangigen Politikfelder sind. Bei Ihnen mag das die Entlastung von Hoteliers oder von reichen Erben sein. Wir dagegen unterstützen die Breite der Bildung.

Der Ansatz dafür, sich über diese Punkte zu streiten, ist die Gemeinsamkeit, uns Gedanken darüber machen zu müssen, wie wir Konsolidierung herstellen, die ihren Namen verdient und die nicht Kaschierung ist. Wie wir auf den richtigen Weg kommen, dafür gibt es genügend Anhaltspunkte. Damit müssen wir uns beschäftigen.

Ich sage Ihnen: Das, was Sie jetzt in den Nachtragshaushalt interpretieren, ist – das wissen Sie – falsch. Wir sollten jetzt darüber reden, wie man nach einer solchen Grundabrechnung die Jahre 2011, 2012, 2013, 2014, 2015 usw. gestaltet, denn da entscheidet es sich. Das muss frei sein von diesen Blitzeinschlägen, die uns mit WestLB, mit Phoenix und mit anderen noch bevorstehen und die sicher nicht aus der Welt sind. Dann können wir über die nächsten Jahre in einem stabilen Verlauf reden und natürlich auch streiten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Hahnen.

Ulrich Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle zuerst fest, wie wenige Mitglieder der CDU überhaupt anwesend sind. Das scheint ein deutliches Zeichen dafür zu sein, dass Sie Ihren eigenen Antrag überhaupt nicht ernst nehmen.

(Zurufe von der CDU)

– Sie sollten vorsichtig sein mit Schreien. Sie sollten immer daran denken: Erst den Kopf benutzen und dann den Kehlkopf.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Feststellung im Antrag, Wachstum fördere die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, ist richtig. Aber ich frage Sie: Wodurch entsteht denn Wirtschaftswachstum? Es entsteht natürlich durch größere Beschäftigung. Und Beschäftigung, das ist auch Bildung. „Bildung schafft Beschäftigung“, so titelte noch am 27. September die „Rheinische Post“. Die Koalition wird das Ziel der Landesregierung, mehr Geld im Bildungsbereich zu investieren, voll unterstützen.

Auch die Kommunen brauchen Hilfe. Sie haben die Kommunen in den letzten Jahren ausreichend geplündert. Die Kommunen können so nicht mehr atmen.

Die Senkung der Ausgaben ist für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig. Es ist das Ziel der Landesregierung, es ist das Ziel der Koalition, die Neuverschuldung schrittweise zu senken.

Ich will aus der „Frankfurter Rundschau“ zitieren, die in diesem Zusammenhang am 15. September unter der Überschrift „Düsseldorfer Wagemut“ Folgendes geschrieben hat: „Schulden sind gut.“ Nordrhein-Westfalen weitet die Neuverschuldung aus. „Das ist riskant, aber angebracht.“ Im Grunde setzt Kraft den vorsorgenden Sozialstaat um, der die Bürger bildet und sie damit unabhängig macht von Almosen des Staates. Rüttgers hat gekürzt und am Ende mehr ausgegeben. – Meine Damen und Herren, klarer kann man das nicht ausdrücken.

(Beifall von der SPD)

Das, was Sie mit Ihrem Antrag machen, ist nichts anderes, als diesem Parlament vorzuspiegeln, Sie seien der Gralhüter von Sparsamkeit gewesen und Sie hätten alles perfekt gerichtet.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich sage Ihnen: Sie haben die Steuereinnahmen in den Boomjahren genutzt, um Ihre Klientel zu bedienen.

(Beifall von der SPD)

Was wir jetzt zu tun haben, ist nichts anderes als eine Reparatur Ihrer verpfuschten Haushalts- und Finanzpolitik. Die Regierung Rüttgers hat es sträflich versäumt, die notwendigen Vorsorgemaßnahmen zu treffen, und sie hat zusätzlich die Kassen der Kommunen geplündert. Ich brauche die Beispiele gar nicht mehr aufzuzählen: WestLB, Kommunen, Grunderwerbsteuer, Versorgungsfonds. Sie sind hier in den letzten Tagen ausreichend diskutiert worden.

Das sind die Fakten, die Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, nicht wahrhaben wollen. Sie handeln nach der Vogel-Strauß-Manie: den Kopf in den Sand stecken.

Aber ich sage Ihnen, liebe Frau Freimuth, lieber Herr Weisbrich, wenn Ihr Kopf im Sand steckt, werden Sie irgendwann keine Luft mehr haben; Sie sollten ihn also mal herausnehmen und wieder die Realität betrachten.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das, was die Regierung Rüttgers gemacht hat, ist ein verschleierte Haushalt. Die Fakten waren alle vor dem 9. Mai bekannt und hätten berücksichtigt werden müssen. Dass Sie, lieber Herr Kollege Weisbrich, das auch heute noch negieren, und das alles, ohne rot zu werden:

(Christian Weisbrich [CDU]: Das wäre ja noch schöner!)

Ich gratuliere Ihnen zu dieser Körperbeherrschung!

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Sie unterstellen im Übrigen, dass die rot-grüne Regierung im Nachtragshaushalt mehr Ausgaben für Bildung, für Innovationen finanzieren würde. – Das ist falsch: Kein einziges rot-grünes Projekt ist in diesem Haushalt enthalten,

(Christian Weisbrich [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

weder der Ausgleich für Studiengebühren, weder die Beitragsfreiheit für Kitas noch der Stärkungspakt für die Stadtfinanzen. Das ist alles nicht enthalten. Das, was der Nachtragshaushalt 2010 beinhaltet, ist eine Reparatur dessen, was uns die Regierung Rüttgers verschwiegen hat.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Fakt ist – es ist darauf hingewiesen worden –: Als Sie 2005 bei den Landtagswahlen aus Versehen eine Mehrheit in Düsseldorf bekommen haben, lagen die Schulden des Landes bei rund 106 Milliarden €, und am Schluss im Mai 2010 lagen sie bei gut 130 Milliarden €.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich sage Ihnen: Sie sollten sich schämen, dass Sie einen solchen Antrag heute hier in dieses Parlament einbringen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ihr Antrag unterstellt, dass die alte schwarz-gelbe Landesregierung etwas zur Konsolidierung der Haushaltsfinanzen des Landes beigetragen hätte. – Das ist falsch, meine Damen und Herren, und erkennen Sie es auch als einen Teil dessen, warum Sie am 9. Mai abgewählt worden sind! Wir werden diese Selbstbeweihräucherung von CDU und FDP auf jeden Fall nicht mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 3 schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/209** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte sich jemand dagegen aussprechen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit haben wir den Antrag überwiesen.

Ich rufe auf:

4 Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung „Loveparade Duisburg“

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/216

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Conrads das Wort.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Knapp mehr als zwei Monate ist es her, dass in Duisburg 21 junge Menschen zu Tode gequetscht wurden: als Besucher einer Megaveranstaltung, bei der vermutlich bei der Planung, der Organisation und der Durchführung schwerwiegende Fehler gemacht wurden, die vielleicht aber auch gar nicht nach Duisburg gepasst hat, aber unbedingt gewollt war.

Die Angehörigen bleiben mit Trauer, Hilflosigkeit, Wut und vielen offenen Fragen zurück. Der OB von Duisburg versucht im Rathaus krampfhaft, wieder zur Normalität zurückzukehren, aber seine politische Verantwortung als Verwaltungschef will er nicht wahrnehmen, obwohl rund 10.000 Bürger und eine Mehrheit des Rates für seine Abwahl votierten.

Die Ausschuss- und Parlamentssitzungen hier haben außer unerträglichen gegenseitigen Schuldzuweisungen nichts gebracht.

(Beifall von der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke hat heute hier einen Antrag auf Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses eingereicht. Der Zeitungsbericht von Montag aus der „WAZ“ scheint uns recht zu geben. Da steht: „Streit um abgelehnte Razzia“. Im Artikel heißt es unter Berufung auf Justizkreise, dass die Polizei eine Razzia im Duisburger Rathaus wollte, die ermittelnde Staatsanwaltschaft Duisburg dies aber abgelehnt habe und diese Ablehnung nachher aus den Ermittlungsakten habe tilgen wollen.

Wenn das so wäre, sehr verehrte Damen und Herren, dann wäre das doch ein Skandal und erschütterte die Glaubwürdigkeit der ermittelnden Stellen, allen voran hier der Justiz.

(Beifall von der LINKEN)

Der Justizminister ist im Rechtsausschuss direkt nach einer möglichen Befangenheit der Staatsanwaltschaft Duisburg gefragt worden. Die Antwort war: Zureichende Gründe, ihre Zuständigkeit infrage zu stellen, sind nicht ersichtlich.

Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, aber das bekräftigt doch auch noch einmal die Forderung nach einer parallelen parlamentarischen Untersuchung.

(Beifall von der LINKEN)

Wie wir schon zigmal gegenüber der Presse, aber auch im persönlichen Gespräch gesagt haben: Ein Ausschuss soll die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht ersetzen, sondern es geht darum, der politischen Verantwortung als Parlament gegenüber der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Jetzt wird gleich das Argument kommen – vermutlich von allen anderen vier Fraktionen –, der Ausschuss könne überhaupt nichts herausfinden, weil die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen, dass wir keine Akten kriegen etc. etc.

Aber das ist ein Argument, sehr verehrte Damen und Herren, das Sie unreflektiert voneinander übernehmen. Denn Ihnen müsste bekannt sein, dass es in § 14 Abs. 1 des PUAG, also Untersuchungsausschussgesetzes, heißt:

„Die Landesregierung und alle Behörden des Landes sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, sind verpflichtet, dem Untersuchungsausschuss jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, die erforderlichen Aussagegenehmigungen zu erteilen und die Akten vorzulegen.“

Es hat in Untersuchungsausschüssen schon mehrere Fälle gegeben, in denen dem Ausschuss die Ermittlungsakten vorgelegt werden mussten, weil der Ausschuss eben ein Recht darauf hatte.